



Knallrot

Winter
2009



Sozialdemokraten wollen mal wieder am Sozialen sparen

Liebe Leserin, lieber Leser!

Unglaublich aber wahr – das vor der Kommunalwahl verschwiegene Haushaltsloch dient nun dazu die soziale Infrastruktur Dortmunds systematisch kaputt zu sparen. Nur einige Schlagworte aus dem Katalog der Grausamkeiten: Die Zuschüsse für die Wohlfahrtsverbände sollen um 20% gekürzt werden, 30% der städtischen Sportanlagen sollen privatisiert werden, 20% der Mittel für den Behindertenfahrdienst werden gestrichen, die Mittagsverpflegung für Kindergartenkinder soll einer privaten Cateringfirma übertragen werden, die Jugendfreizeitstätten bekommen einen Teil ihrer Teilzeitkräfte

gestrichen und sollen ihre Öffnungszeiten verringern. Die Zweigbücherei in Dorstfeld steht ebenso auf der Sparliste wie 4 städtische Hallenbäder, das Freibad Stockheide in der Nordstadt und das Dortmunder Sozialticket für Bedürftige. Auch die VHS und die Musikschule soll bluten, bzw. deren Mitarbeiter und Kunden. Darüber hinaus bekommen die Bezirksvertretungen 50% ihrer Mittel gestrichen. Da Bezirksvertretungen diese Mittel in der Regel für die Sanierung von Schulen und Strassen einsetzen, nimmt der Verfall Dortmunds damit noch einmal zu. Passend dazu sollen in den Schulen die Klassenräume nicht mehr so häufig gereinigt

werden und vier Grundschulen und die Hauptschule in Derne sollen gleich ganz geschlossen werden. Darüberhinaus werden 10% der MitarbeiterInnen in der Verwaltung wegrationalisiert – und ein besonderes Schmankerl für Freunde des Schwarzen Humors: Angesichts der fehlenden Kontrolle der Finanzen sollen die noch verbliebenen Controllerstellen in der Kämmerei auch noch gestrichen werden.

Auch unglaublich aber ebenfalls wahr – das alles ist nur teilweise dem Haushaltsloch und den damit verbundenen Sparzwängen geschuldet. Die Übernachtungstelle für obdachlose Drogenabhängige wurde schon früher gestrichen.

Folge: Die Junkies übernachten auf den Strassen der Nordstadt. Die Obdachlosenunterkunft in der Unionstrasse wurde schon früher privatisiert. Die Verwaltungsreform 2010 wurde seit Jahren geplant und wird nun mit dem Argument Haushaltsloch auch durchgezogen. Und die städtischen Kliniken Dortmund wurden auch schon früher aus dem sicheren Schoß der Stadt Dortmund zur Klinikum GmbH ausgegliedert – nun wurde aktuell das Wahlversprechen gebrochen, die Altschulden zu übernehmen.

Trotz alledem wünscht das Knallrot-Team Ihnen viel Spaß beim Lesen der vorliegenden Ausgabe.



„Rot“-Rot-Grün in NRW?

Von Wolfgang Zimmermann

Parteien zu organisieren.

Wir stehen für klare Inhalte. Wir sind für einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen sowie für ein ökologisch verantwortliches Wirtschaften. Um diese Ziele zu erreichen, suchen wir die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften, die dazu bereit sind. Das sind in erster Linie die Gewerkschaften, die Sozial- und Wohlfahrtsverbände und die sozialen Bewegungen. Es muss darum gehen, Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen abzuwehren und konkrete Alternativen durchzusetzen. Es ist wichtig, dass wir als DIE LINKE auf allen parlamentarischen Ebenen präsent sind – in den Räten, Kreistagen und im Landtag. Allerdings können nur breite Mobilisierungen der betroffenen Menschen die Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft wirklich verändern. Aufgabe ist daher, hier und heute den Widerstand gegen die neoliberale Politik des Kapitals und der mit ihm verbundenen etablierten

Wir wollen nicht stellvertretend für die Menschen Politik machen, sondern mit ihnen. Wir müssen die unter dem Wirtschaftssystem leidenden Menschen zu Aktionen und Selbstorganisation ermutigen. Selbstverständlich sind wir auch zum gemeinsamen Handeln mit anderen Parteien bereit, wenn deren Bereitschaft dazu da ist und wir in bestimmten konkreten Forderungen und Zielen übereinstimmen. Das gilt z. B. für soziale Forderungen wie die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I, für ein Sozialticket, für eine energiepolitische Wende, für eine kostenlose Bildung für Alle, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, für eine Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben, gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie für die Rückführung bereits verkaufter Betriebe in Kommunal- und Landes-eigentum.

Wir werden sehen, ob die SPD und DIE GRÜNEN bereit sind, eine

solche Politik mit zu tragen. Die SPD-Führung spricht bisher nur davon, DIE LINKE aus dem Landtag heraushalten zu wollen und bezeichnet einige unserer Positionen wie beispielsweise die Vergesellschaftung der Energiekonzerne als Wunsch-Dir-was-Politik. Solange das so ist, kann man nicht ernsthaft über eine gemeinsame Regierung oder über eine Tolerierungspolitik zugunsten der SPD sprechen. Da kann man allenfalls über „wechselnde Mehrheiten“ sprechen in dem Sinne, dass eine Fraktion der LINKEN einzelne Maßnahmen einer eventuellen SPD-Grünen-Landesregierung unterstützt, wenn diese im Sinne unseres Programms in die richtige Richtung gehen.

Eine Regierung, an der sich Linke beteiligen können, müsste Konfliktbereitschaft gegenüber dem Kapital und seinen politischen Unterstützern zeigen. Es kann nicht nur um einen Regierungswechsel gehen, das Land braucht einen Politikwechsel: Statt Umverteilung von unten nach oben muss eine Umverteilung von

oben nach unten eingeleitet werden. Sobald irgendeine politische Konstellation das ermöglicht, sind wir selbstverständlich auch bereit, Regierungsverantwortung übernehmen. Doch bislang gibt es weder bei der SPD noch bei den Grünen Anzeichen dafür, dass sie zu einem solchen Politikwechsel bereit sind.



Wolfgang Zimmermann ist Landessprecher der Partei DIE LINKE. NRW.

Von Ulla Jelpke

Der Widerstand gegen innere Militarisierung beginnt vor Ort in der Kommune

Die Militarisierung der Außen- und Innenpolitik schreitet rapide voran. Während die Bundeswehr in Afghanistan im Kriegseinsatz steht, streben die Unionsparteien eine Verfassungsänderung an, um den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr auch im Inland zu ermöglichen. Doch schon jetzt wird der Inlandseinsatz durch die Hintertür praktiziert. Seit Januar 2007 hat die Bundeswehr flächendeckend kleinere Kommandos von Reservisten geschaffen, die für die sogenannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit /Inland (ZMZ) zuständig sind. Offiziell dienen die ZMZ-Strukturen, die Bundeswehr und zivile Rettungsdienste zusammenführen, dem Katastrophenschutz. Doch wie die



Soldaten gegen Streiks?

Bundesregierung inzwischen auf meine Anfrage einräumen musste, geht es auch um „Großereignisse“ wie Sportveranstaltungen und Gipfeltreffen. Schon beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, bei dem Kampfflugzeuge und Spähpanzer globalisierungskritische Demonstranten überwachten, kamen die ZMZ-Strukturen zum Tragen. Selbst Einsätze gegen Streiks im Transport-, Energie- oder Sanitätssektor oder bei der Müllabfuhr hält die Bundesregierung für zulässig. Im Klartext: die Regierung schließt den Einsatz der Armee gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter nicht aus. Die ZMZ ist damit eindeutig Teil von repressiver Herrschaftspraxis gegen soziale Bewegungen und die Bundeswehrkommandos dienen gleichsam als Repressionsberater.

In Dortmund wurden in diesem Sommer im Stadthaus am Friedensplatz zwei Etagen zum ZMZ-

Krisenzentrum mit unabhängiger Energie- und Wasserversorgung ausgebaut. Kostenpunkt: 695.000 Euro. Ein Besprechungsraum dient als Kommandozentrale, in dem neben der Stadtspitze Bundeswehrkommandeure sowie die Leiter von Gesundheits- und Ordnungsamt, Polizei und Feuerwehr ihren Platz haben. Nur die damalige „Fraktion der Linken im Rat“ protestierte gegen die Schaffung einer „Notstandszentrale“ an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei als „geheime Kommandosache“.

Anhand meiner bisherigen Recherchen hat mein Bundestagsbüro jetzt einen Musterfragebogen zur Unterstützung der Fraktionen DIE LINKE in den Kommunen ausgearbeitet. Damit sollen der Aufbau und die Rolle der ZMZ-Strukturen in den Kreisen und Kreisfreien Städten detailliert abgefragt werden und an die Öffentlichkeit gebracht werden. Dies soll ein erster Schritt sein,

um Widerstand gegen die innere Militarisierung direkt vor Ort zu organisieren.



Ulla Jelpke (MdB) ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag.

ÖPNV für Alle – und zwar umsonst!

Von **Cüynet Karadas**
und
Fabian Bünnemann

am gesellschaftlichen Leben. Denn wenn man immer länger arbeiten muss, immer längere Arbeitswege

Leben abgehängt werden. Mobil sein ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht. Bewegungsfreiheit darf

Nachtexpresse auch unter der Woche. Junge Leute könnten dann nicht nur am Wochenende, sondern auch wochentags mal etwas länger wegbleiben und trotzdem noch nach Hause kommen. Und in Zeiten von Klimawandel und Umweltverpestung bedeutet mehr Bus und Bahn auch: Klimarettung. Denn wenn Busse und Bahnen zu vernünftigen Zeiten kommen und man keine Tickets mehr kaufen muss, werden auch mehr Menschen das Auto stehen lassen. Wer das Klima retten will, darf im Nahverkehr nicht sparen. Busse und Bahnen sind unverzichtbar. Jeder junge Mensch ist früher oder später darauf angewiesen – ob zur Schule, zur Uni oder zur Ausbildungsstätte. Deshalb muss ihnen dieses Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Bewegung darf kein Privileg der Reichen sein!

Von **Cüynet Karadas**, *Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord*, und **Fabian Bünnemann**, *Landessprecher der parteinahen Jugendorganisation Linksjugend [solid] – nrw.*



hinnehmen muss, dann muss der Nahverkehr sich dem auch anpassen. Der Nahverkehr gehört nicht verknappt und gekürzt, er gehört massiv ausgebaut. Nur weil wir uns vielleicht kein eigenes Auto leisten können oder wollen, dürfen wir nicht vom gesellschaftlichen

gerade keine Freiheit der Reichen sein, sondern muss für alle gelten!

Daher fordern wir viel mehr Busse und Bahnen – Tag und Nacht. Dadurch würden diese nicht nur öfter fahren, es gäbe auch weniger Verspätungen. Wir fordern mehr

DIE LINKE in Aktion...



Knallrot

Sozialistische Zeitung
für Dortmund

www.dielinke-dortmund.de/
knallrot

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dortmund
Münsterstr. 141, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-4759196

www.dielinke-dortmund.de

E-Mail: redaktion@dielinke-dortmund.de

V.i.S.d.P. Christian Seyda

Satz und Layout: Fabian Bünnemann

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Utz Kowalewski, Fabian Bünnemann, Ulla Jelpke, Wolfgang

Zimmermann, Cüynet Karadas

Fotos: DIE LINKE, Thomas Zweier, Pixelio (Alipictures), Pixelio (Clemens Scheumann)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 11.11.2009

Druck: Nord-Ost-Druck GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 40.000 Exemplare

DIE LINKE.
IM RAT DER STADT DORTMUND

Linksfraktion im Stadtrat

DIE LINKE bildet neue Fraktion im Rat

Von **Utz Kowalewski**

Durch den Erfolg der LINKEN bei den Dortmunder Kommunalwahlen ist die Zahl ihrer Stadträte auf nunmehr fünf angewachsen. Nursel Konak (44) und Wolf Stammnitz (70) teilen sich den Vorsitz der Fraktion. Utz Kowalewski (39) ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Dazu gesellen sich Serpil Kosan (37) und Dr. Petra Tautorat (54). Altersdurchschnitt: 49 Jahre! Verstärkt werden die Mandatsträger durch vier sachkundige Bürger in den Ausschüssen.

Der neue Rat hat sich auf seiner konstituierenden Sitzung auf die Einrichtung von 13 Fachausschüssen geeinigt. Im Hauptausschuss und Ältestenrat wird die Fraktion von Wolf Stammnitz vertreten werden. In diesem Ausschuss werden die Vorabsprachen zur Durchführung und zur Tagesordnung einer Ratsitzung getroffen. Unser Finanzexperte Wolf Stammnitz nimmt zusätzlich den Sitz der LINKEN im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wahr. Angesichts der Haushaltsprobleme der Stadt

Dortmund ist dieser Ausschuss einer der wichtigsten Ausschüsse überhaupt. Thematisch verwandt ist der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsförderung in dem der sachkundige Bürger und BWL-Student Cüneyt Karadas sein Bestes geben wird.

Für eine linke Partei ist der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit sicherlich einer der wichtigsten Fachausschüsse. Hier freut sich die Fraktion das LINKE-Landesvorstandsmitglied Helmut Eigen als sachkundigen Bürger gewonnen zu haben. Eigen ist Mitglied im Dortmunder Sozialforum und im Vorstand des Dortmunder Arbeitslosenzentrums.

Nursel Konak wird den Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden bekleiden. Hier wünscht sich DIE LINKE natürlich, dass sich möglichst viele Bürger gerade angesichts der schwierigen Haushaltssituation aktiv in die lokale Politik einmischen und der Ausschuss gut zu tun haben wird. Nursel Konak wird ebenfalls Sitz und Stimme im Betriebsaus-

schuss FABIDO haben. FABIDO ist der Träger der städtischen Kindertagesstätten.

Den Schulausschuss wird Serpil Kosan besetzen. Ob DIE LINKE auch am Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie wird teilnehmen dürfen ist noch unklar. Hier muss aufgrund des Berechnungsverfahrens noch mit der SPD um einen Platz gelöst werden. Im Erfolgsfall für DIE LINKE wird Dr. Tautorat diesen Platz einnehmen. Petra Tautorat wird aber in jedem Fall den Ausschuss für Personal und Organisation besetzen, in dem die Belange der Stadtverwaltung besprochen werden. Der ehemalige Stadtrat Hannes Fischer bleibt der LINKEN auch in dieser Legislaturperiode erhalten, indem er als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit einzieht.

Gleich zwei Sitze hat DIE LINKE im größten Ausschuss des Dortmunder Rates, dem Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien (AUSWI). Utz Kowalewski und Uwe Lagoda, werden die Ansichten der LINKEN hier vertreten –

Kowalewski als Stadtrat, Lagoda als sachkundiger Bürger. Die meisten in den Stadtbezirken relevanten Entscheidungen laufen irgendwann in Verfahren einmal durch den AUSWI. Daher bildet dieser Ausschuss auch die Schnittstelle zu den Bezirksvertretungen.

Utz Kowalewski kommt dann auch die Aufgabe zu der Regierungskoalition schmerzhaft den Finger in die offene Wunde zu legen. Dazu hat er Sitz und Stimme im Rechnungsprüfungsausschuss und im Wahlprüfungsausschuss.



Utz Kowalewski ist Mitglied der Linksfraktion im Dortmunder Stadtrat.

Umverteilen von oben nach unten nötig!

Von **Wolf Stammnitz**

Zum Nachtragshaushalt der Stadt stellt die Ratsfraktion Die LINKE. fest: „Die Stadtspitze hat nichts dazu gelernt. Wir schon!“

Eltern demonstrieren gegen mögliche Schulschließungen, der Mieterverein protestiert gegen höhere „zweite Mieten“, Unternehmer gegen höhere Gewerbesteuern. Jetzt gerät auch Dortmunds oberster Wirtschaftsförderer Udo Mager in die Kritik. Dass er dem städtischen Sparpaket die Unterschrift verweigert, ist der Linksfraktion im Rat ein Dorn im Auge. Verkehrte Welt? „Nein,“ sagt Fraktions-Sprecher Wolf Stammnitz. „Wir stellen nur fest, dass Herr Mager offenbar hinterm Mond lebt. Seine und Dr. Langemeyers Wirtschaftspolitik haben Dortmund in die Krise gestürzt, und jetzt weigert sich die dafür verantwortliche Wirtschaftslobby, für die Schäden aufzukommen.“ Wenn Mager jetzt immer noch Steuererhöhungen für Unternehmen ablehnt, ist das nicht nur sozial ungerecht, sondern

volkswirtschaftlich absurd, so DIE LINKE. Wie das riesige Haushaltsloch einmal mehr beweist, ist die einseitige Begünstigung der „oberen Zehntausend“ gescheitert. Doch die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben bereitet direkt die nächste Krise vor, befürchtet Stammnitz.

Und was hat die LINKE dazu gelernt? Zur Ratssitzung am 26. November will sie eine Alternative zum amtlichen Sparkonzept vorlegen. Es setzt auf einen Politikwechsel zu einer bescheideneren, nicht so verschwenderischen und umweltschädlichen, aber solidarischen Stadtentwicklung.

Die Fraktion hält an der Erkenntnis fest, dass die Krise verursacht und verschärft wurde durch eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Auch mithilfe des Kommunalhaushalts, wie wir am Beispiel Dortmund konkret nachgewiesen haben (siehe unsere Broschüre „Zocker im Rathaus“ vom Januar 2009). Und dass folglich die Krisenursachen zu bekämpfen wären auch

mit einer deutlichen Steigerung der kommunalen Einnahmen. Und zwar zu Lasten der großen Vermögen und Spekulantengewinne.

Statt aber jetzt den öffentlichen Verbrauch auszuweiten, zwingt die neue Stadtspitze Dortmund einen drakonischen Spar- und Streichkurs auf. Die krisenverschärfende und krisenverlängernde Wirkung kann man sich an fünf Fingern ausrechnen. Was der Sparkurs heute an Kaufkraft vernichtet, fehlt der Stadt morgen an Steuereinnahmen. Das ist eine Spirale nach unten.

Im Gegensatz zu dieser neoliberalen Stadtpolitik halten wir jetzt keine Spar- und Streichorgien, sondern eine Umschichtung innerhalb des Haushalts für richtig. Einsparen wollen wir bei den 140 Millionen Zuwendungen an die Wirtschaft und umschichten zu einer den Massenkonsum stärkenden Beschäftigungspolitik sowie zusätzlichen Investitionen im Bildungsbereich. Bei Kultur und Freizeit wollen wir umschichten von Langemeyers „Leuchttürmen“ und Denkmälern

hin zur Breitenkultur, Naherholung und zum Breitensport. Das schafft mehr Arbeit und Einkommen und spart der Stadt Sozialausgaben. In einem Satz: Weniger Geld für Protz und Profit – mehr für ein solidarisches Dortmund.



Wolf Stammnitz ist Fraktionsvorsprecher der Linksfraktion im Rat der Stadt Dortmund.

» Hier muss der Staat ordentlich investieren! «

Helmut Manz (Foto) spricht im Knallrot-Interview über seine neuen Aufgaben als stellvertretender Bezirksbürgermeister und die Auswirkungen der Krise in der Nordstadt.

Knallrot: Vorab herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister. Rot-Rot gibt es nun nicht nur in Berlin und Brandenburg, sondern seit Oktober auch im Dortmunder Norden. Wie kam es dazu?

Helmut Manz: Von der Farbe her handelt es sich bei uns eher um rosa-rot. Aber darüber hinaus ist es auch keine Koalition. Dazu bräuchte es zumindest einen Koalitionsvertrag und gemeinsames Abstimmungsverhalten. Aber das gibt es hier nicht. Lediglich zur Wahl des Bezirksbürgermeisters sind wir zusammen angetreten. Die SPD hat sich auf uns zubewegt - aus Angst vor Jamaika und weiterem Sozialabbau in der Nordstadt.

Knallrot: Wird es über die gemeinsame Wahl hinaus eine Zusammenarbeit zwischen LINKEN und SPD geben?

Helmut Manz: Wir haben uns mit der SPD darauf verständigt, gemeinsam Vorabsprachen zu treffen, um uns auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Aber wenn es keine Einigung gibt, stimmt jede Fraktion so, wie es ihrer Auffassung entspricht. Man sollte hinzufügen, dass es

natürlich eine gewisse inhaltliche Grundlage für die Zusammenarbeit gibt, die eben darin besteht, dass auch die SPD in der Nordstadt Sorge hat, dass dieser Stadtteil komplett kaputtgespart wird. Wie weit die Zusammenarbeit geht, muss man schauen.



FRISCH GEWÄHLT: HELMUT MANZ

Knallrot: Was für Ziele verbindest du mit deiner Wahl zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister?

Helmut Manz: Mein oberstes Ziel ist es, die Menschen in diesem Stadtteil wieder zu politisieren: Dass sie sich gegen ihre Benachteiligung aktiver zur Wehr setzen, sich solidarisieren und dann auch gemeinsam politisch aktiv werden gegen ihre Benachteiligung.

Knallrot: Was hat sich für dich nach der Wahl verändert?

Helmut Manz: Da möchte ich zwei Dinge erwähnen: Erstens habe ich natürlich viel mehr Gesprächspartner, die ich vorher so nicht hatte. Dazu gehören z. B. Leute aus der Stadtverwaltung, aber auch aus den sozialen Einrichtungen, die sich an mich wenden. Das zweite und für mich wichtige ist die Aussage der Menschen in der Nordstadt, dass sich im Umgang mit mir nichts verändert hat - das finde ich sehr beruhigend.

Knallrot: Die Innenstadt-Nord leidet unter vielen sozialen Problemen. Gibt es Anzeichen dafür, dass die weltweite Wirtschaftskrise diese Probleme noch verstärkt?

Helmut Manz: Ja, auf jeden Fall. Man könnte natürlich auch sagen „was schon am Boden liegt kann nicht mehr umfallen“, wie Lange-meyer es oft formuliert hat. Aber dem ist nicht so. Wir wissen ja, dass die Kosten und Belastungen der Wirtschaftskrise nach unten abwälzt werden. Da ist es klar, dass das die Menschen in der Nordstadt besonders betrifft. In einem Stadtteil, wo jeder zweite HartzIV bezieht, spiegelt sich jede Sozialkürzung in einem massiven Kaufkraftverlust vor Ort wider.

Knallrot: Was hat DIE LINKE für Lösungsvorschläge?

Helmut Manz: Wir sagen, in so einer Situation kann man nicht darauf setzen, dass der Markt alles

regelt. Hier in der Innenstadt-Nord ist der Arbeitsmarkt schon längst zusammengebrochen. Und wenn so ein Markt zusammenbricht, das sagen auch Ackermann & Co, dann muss der Staat ran. Und das sagt DIE LINKE für die Nordstadt auch. Hier muss der Staat ordentlich investieren, insbesondere in die Bildung. Wir brauchen kostenlose Kitas für alle, die Klassen müssen massiv verkleinert werden. Diese Investitionen sind natürlich zugleich wirtschaftliche Impulse, da das Geld auch wieder ausgegeben wird. Ein weiterer Aspekt ist, dass auch viele alte Menschen in der Nordstadt wohnen, die sich aufgrund ihrer geringen Rente kein Alter in Würde leisten können. Gerade für diese Leute muss im Pflege- und Gesundheitsbereich investiert werden. Arbeit gibt es in der Nordstadt genug. Gerade der Dortmunder Norden ist prädestiniert für einen öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor, wie ihn DIE LINKE fordert. Man kann hier öffentliches Geld sehr sinnvoll ausgeben und damit die Wirtschaft beleben und eine soziale und ökologische Entwicklung in Gang setzen. Abgesehen davon ist es ja eine alte Weisheit, dass gerade in der Krise die öffentliche Hand investieren muss.

Knallrot: Danke für das Interview. Wir wünschen dir gutes Gelingen bei deiner neuen Aufgabe.

Das Interview führte Fabian Bünemann.

Hände weg vom Sozialticket!

Von Helmut Eigen

Unter obemgenanntem Motto fand am 05. November 2009 im Wichernhaus eine Diskussionsveranstaltung mit Unterstützung verschiedener Dortmunder Organisationen statt (Sozialforum, Mieterverein, ALZ, SoVD, ver.di Erwerbslosenausschuss, attac, KAB, ISB, KANA-Suppenküche).

Ende Januar 2010 läuft das auf 2 Jahre befristete Pilotprojekt Sozialticket in Dortmund aus. Wie es dann weiter geht, ist immer noch ungewiss. Das Sozialticket ist ein Posten auf der aktuell diskutierten Liste möglicher Haushaltseinsparungen. Noch im Oktober 2008 - vor der Kommunalwahl - liest man im Bericht Aktionsplan Soziale Stadt Teil II: Initiativen aus Politik und Verwal-

tung: Einführung des Sozialtickets Dortmund - Ziel: Erhöhte Mobilität für Einkommensschwache.

Am 25. Mai 2009 stellt die SPD-Fraktion noch klar: Sozialticket bleibt in Dortmund über 2010 erhalten - hier heißt es u.a.: „Mit der Einführung eines Sozialtickets in Dortmund ab Februar 2008 hatte die SPD einen Meilenstein in der Sozialpolitik gesetzt. Es bedeutet Mobilität für sozialschwache Menschen in unserer Stadt für ganz kleines Geld. Mit einem Preis von nur 15 Euro steht das Sozialticket einem Personenkreis von ca. 60.000 Menschen zur Verfügung und sucht seines Gleichen.“

Jetzt - nach der Wahl - wird von einer Verdopplung des Preises auf 28 € (SPD Fraktion) bzw.

30 € (FDP) gesprochen! Frei nach der Devise: 28,30-werbietet mehr? Sozial war gestern!

Mobilität darf nicht erneut zum Luxusartikel werden, der nur materiell besser Gestellten vorbehalten ist. Mobil zu sein, stellt eine wichtige Voraussetzung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben dar. Mobilität per Bus & Bahn ist zudem umweltfreundlich. Vielen Mitbürgern, darunter auch etliche, die halb- oder gar ganztags arbeiten, fehlt aber das Geld, um die hohen Fahrpreise bezahlen zu können. Mit den im Hartz IV-Regel-satz vorgesehenen 11,49 € können gerade einmal 5 Einzeltickets im Monat bezahlt werden. Deshalb ist eine Fortführung des Sozialtickets unverzichtbar. Hierfür wird die Fraktion DIE LINKE kämpfen!



Helmut Eigen ist für die Fraktion DIE LINKE sachkundiger Bürger im Sozialausschuss der Stadt Dortmund.



Ausgliederung des Klinikums rückgängig machen!

Rede von Petra Tautorat im Dortmunder Stadtrat (29.10.09)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 25.06.09 beschworen Sie fast Alle hier angesichts der anstehenden Kommunalwahl Ihre Solidarität mit dem Klinikum, seinen Beschäftigten, seinen Patienten, der Dortmunder Bevölkerung. Sie sprachen sich für die Altschuldenübernahme für das Klinikum aus, ja, Herr Dr. Langemeyer selbst scheute keine Mühen und Kosten und sandte jedem Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin des Klinikums kurz vor der Wahl einen auf teurem Papier mit Farbdruck ausgestatteten Brief, in dem er bekräftigte, dass nur wer SPD wähle die kommunale Trägerschaft des Klinikums sichern würde. Heute wissen wir, dass auch dies ein betrügerisches Versprechen war, um sich mindestens 4.000 + X Wählerstimmen zu sichern. Spätestens mit der Ratsentscheidung von 2001, und ich beginne hier mit der langen Liste von Fehlentscheidungen der Sozialdemokraten im Hinblick auf die Entwicklung der Städtischen Kliniken, um an dieser Stelle Ihre Geduld nicht überzustrapazieren, spätestens hier also, mit

der Entscheidung das Klinikum zu einer gGmbH zu verselbständigen, nahm die rasante Bergabfahrt der wirtschaftlichen Situation ihren Anfang. Einziges Ziel war, den kommunalen Haushalt zu entlasten. Haben Sie sich eigentlich mal die Kosten vor Augen geführt, die seitdem im Klinikum entstanden sind? Angefangen von den Kosten für die Ausgründung selbst. Haben Sie mal zusammengerechnet, wie viele Unternehmensberatungsfirmen im Klinikum ein- und ausgegangen sind und es immer noch tun? Und wie viele Millionen für diese Berater ausgegeben worden sind? Ich versichere Ihnen, es sind zweistellige Millionensummen. Warum diese nötig waren, wo doch die Hauptgeschäftsführerin selbst bereits ein überaus stattliches Gehalt bezieht, bleibt im parteipolitischen Dunkel. Haben Sie auch noch die Zeit vor Augen, in der es vier, und ich wiederhole, vier Geschäftsführer im Klinikum gab, installiert um allen Berufsgruppen während der GmbH-Gründungsphase vorzugaukeln, dass sie angemessen an der Unternehmensleitung beteiligt sind. Wissen Sie, wie teuer es war, all diese Geschäftsführer mit einer Abfindung wieder zu entsorgen? Erinnern Sie sich an den Interimgeschäftsführer Ullrich Meyer? Er hat sein Gehalt bis

zum Eintritt in sein Rentenalter vom Klinikum bezahlt bekommen. Wenn Sie all diese Posten nun addieren, erhalten Sie einen überaus hohen zweistelligen Millionenbetrag. Meine sehr geehrten Damen und Herren: Dagegen können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums nicht anarbeiten! Da kämpfen sie gegen Windmühlenschiffe. Diese Kosten würden natürlich unter privater Trägerschaft nicht entstehen und wären nicht entstanden, aber sie hätten auch nicht unter kommunaler Trägerschaft entstehen müssen! Wie? Nun das überlasse ich im Moment Ihrer Vorstellungskraft. Wir, die Fraktion Die Linken im Rat, stehen als einzige ohne Vorbehalte und Bedingungen zum städtischen Klinikum. Wir sehen in der Übernahme der Altschulden einen wichtigen Schritt dahin, dass die Stadt die volle Verantwortung übernimmt für die Gesundheit ihrer Bürger. Einen Zwischenschritt dahin, die fatale Fehlentscheidung von 2001 zu korrigieren und das Klinikum wieder in den städtischen Verbund zurück zu holen. Wir wissen auch, dass weder die organisatorische noch die fiskalische Wiedereingliederung des Klinikums in die Stadtverwaltung automatisch

seine finanziellen Probleme löst. Aber sie verhindert die Lösung der Probleme eben auch nicht. Gerade weil das so ist, kommen wir zu einer Sanierung des Klinikums nur durch Übernahme der vollen öffentlichen Verantwortung sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen der Daseinsvorsorge. Also nur durch Zurückdrängen privater Gewinninteressen aus dem Gesundheitswesen und konkret aus dem Dortmunder Klinikum, denn wie sehr private Gewinninteressen das Haus ausgeblutet haben, habe ich Ihnen vor Augen geführt.



Petra Tautorat ist Mitglied der Linken Fraktion im Dortmunder Stadtrat.

Wahlbetrug – wie geht's weiter ?



Von Utz Kowalewski

Der Betrug am Wähler bei den Kommunalwahlen hat mehr als 350 Einsprüche zur Folge gehabt. Mit dabei sind fünf Dortmunder Parteien und die Kommunalaufsicht. Da stellt sich die Frage: Wie geht es nun weiter ?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass der neue Oberbürgermeister Ulrich Sierau am 29.10. im Rat der Stadt Dortmund vereidigt wurde. Die Fraktion DIE LINKE ist aus Protest der Vereidigung fern geblieben und hat den Saal verlassen, nachdem eine Stimmenmehrheit im Rat nicht einmal eine Debatte zu den Wahlergebnissen und deren Zustandekommen zugelassen hatte. Ebenfalls haben FDP/Bürgerliste auf diese Weise gegen die Vereidigung protestiert. Verteidigt wurde die Vereidigung Sieraus von den Grünen und unverständlicherweise auch von der CDU. Dies wurde auch

von der Bürgerinitiative „Kommunalneuwahl“ mit Unverständnis zur Kenntnis genommen, die auf den Besuchertribünen der Sitzung des Rates beigewohnt hatte.

Ebenfalls auf dieser Sitzung wurde mehrheitlich verabschiedet, dass ein externer Gutachter die Wahleinsprüche juristisch bewertet. Dieser Gutachter soll dem Wahlprüfungsausschuss des Dortmunder Rates seine Bewertung vorlegen. Diese Bewertung wird sicherlich auf die Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses politischen Druck ausüben. Eine Entscheidung dieses Gremiums ersetzen kann sie jedoch nicht. Als Arbeitsgrundlage dienen dem Gutachter unter anderem die Unterlagen der Kommunalaufsicht und ein Schreiben des ehemaligen OB Langemeyer. Die inzwischen vom Rat der Stadt entlassene Kämmerin Uthemann hat es abgelehnt die Umstände um das

Haushaltsloch aus ihrer Sicht auszuführen.

Der Wahlprüfungsausschuss wird daher erst im Dezember tagen. Man darf gespannt sein: FDP/Bürgerliste, CDU und LINKE haben selbst Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen erhoben. Sie sollten daher eigentlich diese Einsprüche auch annehmen. Die Grünen haben angekündigt, zumindestens die OB-Wahl wiederholen lassen zu wollen. Allerdings sind die Grünen hier ein sehr unzuverlässiger Bedenkenträger und die Meinung der Rechtmäßigkeit der Wahl scheint hier sehr vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen mit der SPD abzuhängen. Und bei der CDU kann man sich auch nie sicher sein, ob sie bei ihrer Haltung bleiben wird.

Wenn der Wahlprüfungsausschuss urteilt, dass die Wahl aufgrund der vorenthaltenen Informationen

zum Haushaltsloch nicht rechtens war, dann besteht für Ulrich Sierau die Möglichkeit gegen diesen Beschluss beim Verwaltungsgericht Klage einzureichen. Solange das Klageverfahren anhängig ist, bliebe er einstweilen im Amt. Umgekehrt bliebe aber auch der Opposition der Klageweg offen, wenn denn der Wahlprüfungsausschuss entscheidet die Einsprüche abzulehnen. DIE LINKE läßt derzeit juristisch den Klageweg prüfen. In beiden Fällen würde sich ein Verfahren sicher über mehrere Jahre hinziehen. Daher bleibt die politische Forderung an Ulrich Sierau und die SPD bestehen, den Weg für Neuwahlen oder eine Wahlwiederholung ohne faden Beigeschmack freizumachen und Dortmund dieses Tauziehen zu ersparen.

Utz Kowalewski ist Mitglied der Linksfraktion im Dortmunder Stadtrat.

Knallrot

Sozialistische Zeitung
für Dortmund

www.linksfraktion-dortmund.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Dortmunder Stadtrat,
Friedensplatz 1, 44135 Dortmund

Tel.: 0231-5027240

www.linksfraktion-dortmund.de

E-Mail: tbehrendt@stadtdo.de

V.i.S.d.P.: Utz Kowalewski

Satz und Layout: Fabian Bünnemann

Mitarbeit: Wolf Stammnitz, Utz Kowalewski, Fabian Bünnemann, Helmut Eigen, Petra Tautorat, Helmut Manz

Fotos: DIE LINKE, Pixelio (Rainer Sturm), Pixelio (Gerd Altmann)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 11.11.2009

Druck: Nord-Ost-Druck GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 40.000 Exemplare